

Konsequenzen, die sich langfristig daraus ergeben können, sicher echter und beredter Sorge entspringen.

Staatlicher Druck auf Formosa

Es sieht aber so aus, als müßten sich die Bischöfe nicht nur nach einer Seite zur Wehr setzen; denn während in der Volksrepublik die ersten Signale für eine wenigstens etwas realistischere Neubewertung der Religionen gesetzt werden, geraten die Religionsgemeinschaften auf Taiwan selbst unter zunehmenden Druck des Staates. Der Entwurf einer „*Verordnung für Pagoden, Tempel und Kirchen*“, der gegenwärtig intern zwischen der Regierung und den Kirchenvertretern debattiert wird, soll einige einschneidende Änderungen in der Religionsgesetzgebung bringen. Tritt die Verordnung ohne wesentliche Veränderungen in Kraft, und nach substanti-

len Veränderungen sieht es nicht aus, dann geraten alle Religionsgemeinschaften unter eine ziemlich enge staatliche Kontrolle. Nach einer Aufstellung des lutherischen Pressedienstes (LWF-Informationen, Ausgabe vom 8. 8. 79) sieht die Verordnung u. a. vor: eine Beschränkung von Glaubensverkündigung, Zeremonien und religiösen Veranstaltungen auf Pagoden, Tempel und Kirchen; Predigten allein in öffentlichen Gotteshäusern und nur in chinesischer Sprache, also nicht in der Sprache der Taiwanesen und der Ureinwohner; Schaffung eines zivilrechtlichen Vereins für jede Pagode oder Kirche; finanzielle Rechenschaftspflicht der religiösen (kirchlichen) Körperschaften gegenüber dem Staat. Darüber hinaus sichert der Entwurf dem Staat auch beträchtliche Eingriffsrechte im personellen Bereich (Anstellung und Entlassung von Kultdienern). Sowohl die Arbeitsgemeinschaft christlicher Denominationen

wie die Katholische Bischofskonferenz haben sich auf ihren Sitzungen Anfang Juli mit dem Entwurf befaßt und ihn mit Vertretern der Regierung diskutiert. Manche sind unschlüssig darüber, *wie* gefährlich der Entwurf den Kirchen werden kann. Es scheint gelegentlich auch eine doppelzüngige Argumentation von Regierungsseite zu geben. Gegenüber den christlichen Kirchen wird erklärt, es gelte in erster Linie Wildwuchs der Pagoden und Tempelgemeinschaften zu beschneiden, gegenüber Vertretern von Taoisten und Buddhisten scheint aber offenerherzig angedeutet zu werden, es gehe dabei um eine schärfere Beaufsichtigung der Kirchen. Mehr Religionsfreiheit verspricht die Verordnung jedenfalls nicht. Es sieht so aus, als ob der Vatikan künftig mit beiden Teilen Chinas beträchtliche Sorgen haben werde, ohne daß sich bereits eine klare Zukunftsperspektive für die dortigen Christen abzeichnet. E. U.

Entwicklungen

Agrarreform und ländliche Entwicklung

Neue entwicklungspolitische Forderungen

Wenig beachtet von der Weltöffentlichkeit – auch in der Bundesrepublik Deutschland – hat in der zweiten Hälfte Juli 1979 in Rom eine internationale Tagung stattgefunden: Die Weltkonferenz für Agrarreform und Ländliche Entwicklung. Es war nicht der erste Kongreß dieser Art; erst 1974 hatte die Welternährungskonferenz (HK, Dezember, 1974, 640–645) zukunftsfröh verkündet, bis zum Jahre 1985 solle der Hunger in der Welt beseitigt sein. Diese Vorstellung ist längst als eine Utopie zu den entwicklungspolitischen Akten gelegt worden. Im Gegenteil: Wenn nicht große weltweite Anstrengungen gemacht werden, wird die Zahl der Hungernden und der absolut Armen, die ihre Grundbedürfnisse des täglichen Lebens nicht decken können, in der Welt erheblich zunehmen. Und dieses Massenelend konzentriert sich in den ländlichen Gebieten der Dritten Welt. – Die Konferenz von Rom hat nicht nur diesen analytischen Befund ausgewie-

sen; sie hat auch versucht, neue Wege der Beseitigung des ländlichen Massenelends aufzuzeigen: Ohne Beseitigung der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Machtlosigkeit der ländlichen Armen, ohne ihren Zugang zum Boden, ohne ihre Motivation der Hilfe zur Selbsthilfe, ohne erhebliche Verringerung der ländlichen Arbeitslosigkeit wird das Problem des Hungers in der Welt nicht zu lösen sein. Solche Feststellungen sind nicht zum ersten Mal in Rom getroffen worden; es gibt viele technische und ökonomische Ansatzpunkte, die auch andernorts diskutiert wurden. Was Rom an neuen Ergebnissen bot, war etwas anderes: Um ländliche Armut zu beseitigen, bedarf es eines *politischen* Programms; und die Konferenz machte einige zaghafte Schritte auf diesem Weg, ohne allerdings Vorkehrungen treffen zu können, daß solche Programme auch in Ländern der Dritten Welt durchgeführt werden.

Ländliche Armut – ländliche Entwicklung

Ein Viertel der Menschen der Entwicklungsländer – 1 Mrd. – litt 1970 – gemessen an den Minimalstandards der Vereinten Nationen – an Hunger oder war unterernährt; die Weltbank hat für das Jahr 1975 festgestellt, daß 770 Millionen absolut arm sind. 85 % von diesen leben in ländlichen Gebieten, wie der Präsident von Tansania, *Julius Nyerere*, feststellte. Und zugleich machte er noch eine entwicklungspolitisch wichtige Bemerkung: Diese Zahl der absolut Armen in der Welt liegt heute höher als noch vor wenigen Jahren, und sie wird bis zum Jahre 2000 erheblich ansteigen, wenn nicht große Anstrengungen unternommen werden. Auch bei günstigeren Voraussetzungen wird die Zahl der absolut Armen nur auf 600 Millionen abnehmen, und selbst bei außerordentlich günstigen Bedingungen (die ziemlich unrealistisch sind) wird ihre Zahl nicht unter 250 Millionen sinken. – Diese Sachverhalte wurden vom „Zweiten Weltentwicklungsbericht“ der Weltbank bestätigt, der nach der Rom-Konferenz Mitte August vorgelegt wurde: Die arbeitsfähige Bevölkerung steigt in den kommenden 25 Jahren in den Entwicklungsländern je Jahr doppelt so stark wie im letzten Vierteljahrhundert. Da 70 % der Arbeitsfähigen sich in ländlichen Gebieten befinden, werden die ländlichen Entwicklungsprogramme – für Landwirtschaft und Industrie – darüber entscheiden, wie viele Menschen vom ländlichen Elend in die hoffnungslosen Slums der Städte abwandern. – Also liegt – so die Rom-Konferenz – die große Aufgabe darin, das Problem der absoluten Armut an der Wurzel anzupacken, das heißt in den ländlichen Gebieten selbst. Nochmals Julius Nyerere in Rom: „Dafür reichen Produktionstechniken und Kapitalinvestitionen nicht aus ... es handelt sich um eine politische Aufgabe ... und nichts ist im jeweiligen Entwicklungsland politischer als die Frage des Bodeneigentums; ländliche Entwicklung und Orientierung an der Deckung der Grundbedürfnisse sind als neue Ansätze ländlicher Entwicklung zu begrüßen.“

Die von der Konferenz verabschiedeten „Zielsetzungen und Strategien“ betonen nachdrücklich, daß Agrarreform und ländliche Entwicklung mit einem tiefgehenden Wandel der ländlichen Wirtschaft und Gesellschaft verbunden sein müssen, um Armut zu beseitigen und Ernährung zu sichern. Diese Änderungen sollen durch eine Politik begünstigt werden, die wirtschaftliches Wachstum mit seiner gerechten Verteilung verbindet. Dies setzt wiederum voraus, daß die historisch überkommene, ungleich verteilte ökonomische und politische Macht beseitigt wird – vor allem durch eine Änderung der Agrarverfassung, in der der Boden in der Hand weniger Großgrundbesitzer sich befindet! Zentralpunkt solcher Programme ist die Beteiligung der Bevölkerung an den Entwicklungsprozessen sowie der von ihr getragenen eigenen Institutionen. Die Rom-Empfehlungen besagen wörtlich: Es besteht die Notwendigkeit einer integrierten Politik, die die einzelnen Bereiche ländlicher Entwicklung einbezieht. Jedes Land soll den Umfang der absoluten Armut ausweisen sowie für

die beiden kommenden Dekaden konkrete Planungsziele und Programme zu ihrer Beseitigung erarbeiten. Das Schwergewicht der Maßnahmen soll darin liegen, ausreichende Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Kleinbauern, Landlose und Kleinhandwerker zu schaffen. Alles das erscheint nur möglich, wenn in den öffentlichen Haushalten der Entwicklungsländer für die Förderung der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung eindeutige Prioritäten gesetzt werden. Die frühere Vorstellung, mit einer einseitigen Industrialisierung würde sich – über die kaufkräftige Nachfrage nach Nahrungsmitteln und durch die Schaffung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze – das Agrarproblem „von selbst“ lösen, wurde ein möglichst bald zu revidierender Irrtum genannt.

Die bereits seit Anfang der 60er Jahre von kirchlichen Werken der Entwicklungshilfe vertretene und praktizierte Auffassung, daß Projekte der ländlichen Förderung nur dann lebensfähig sind, wenn sie „von unten“ getragen werden, fand in Rom eine späte, jedoch wichtige Bestätigung durch die offizielle Politik. Die Notwendigkeit, die Bevölkerung zu Änderungen ihrer Lage zu motivieren, indem sie selbst an Entscheidungen der landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung beteiligt wird, soll durch Maßnahmen auf zwei Ebenen gesichert werden: Einerseits soll die in vielen Entwicklungsländern zentralisierte Verwaltung Zuständigkeiten an regionale und lokale Ebenen delegieren, um eigenständige Entscheidungen „vor Ort“ in Planung, Durchführung und Erfolgskontrolle ländlicher Entwicklung zu ermöglichen; und auf diesen Ebenen besteht eine größere Einwirkungsmöglichkeit der betroffenen Bevölkerung, über deren Köpfe hinweg oft „geplant“ wurde. Andererseits werden die Staaten aufgefordert, eine „aktive Förderung der Selbsthilfe-Organisationen der Bevölkerung“ zu verfolgen, um die „in ländlichen Gebieten vorhandenen menschlichen und materiellen Reserven zu mobilisieren“. Welche Bedeutung gerade dieser Aspekt in den Diskussionen in Rom eingenommen hat, verdeutlicht das Verhandlungsprotokoll: Die Unterstützung der von der Bevölkerung getragenen Organisationen sollte durch die staatliche Politik ohne Einengung ihrer Autonomie erfolgen. – Hier werden Ansätze sichtbar, daß manche Entwicklungsländer auf dem Wege sind, Aktivitäten nicht-staatlicher Organisationen als eine wesentliche Ergänzung im Förderungskatalog integrierter ländlicher Entwicklung anzusehen. – Das mögen in manchen Fällen zur Zeit noch entwicklungspolitische Lippenbekenntnisse sein; auf internationaler Ebene ausgesprochen, sind sie immerhin eine moralisch-ethische Kategorie, auf die in der Projektorientierung durch die Institutionen der Bevölkerung zurückgegriffen werden kann.

Integrierte Entwicklung Industrie – Landwirtschaft

Das Wort „integriert“, das in der Entwicklungspolitik eine besondere Betonung erfahren hat, sollte auch in Rom

eine weitere inhaltliche Konkretisierung erfahren. Es wurde anerkannt, daß in vielen Fällen nur eine durchgreifende Landreform, d.h. die Verteilung des Bodens der Großgrundbesitzer, den Prozeß ländlicher Entwicklung in Gang setzen kann. Das reicht jedoch nicht aus. Erst dann beginnt die ländliche Entwicklung, indem den Kleinbauern der Zugang zu Betriebsmitteln, Krediten, Vermarktung u. a. m. ermöglicht wird. Und hier liegen die Engpässe. Alle Anstrengungen auf der Ebene der Einzelbetriebe oder der Produktionsgenossenschaften werden durch monopolistisch organisierte Zulieferungs- und Absatzmärkte sowie durch rigide Kreditversorgung ökonomisch verzerrt. Unter solchen Bedingungen schlägt anfängliche Motivation der Bevölkerung in Frustration und Entmutigung um. Ein wesentlicher Punkt wurde außerdem oft in der ländlichen Entwicklung übersehen: Die den Kleinbauern empfohlenen und von ihnen befolgten technischen-betriebswirtschaftlichen Neuerungen sind mit erheblichen Unsicherheiten verbunden; in einer kaum geänderten Sozialverfassung tragen sie ausschließlich das finanzielle Risiko neuer Technologien. Auf der einen Seite kann eine falsche staatliche Markt- und Preispolitik zugunsten städtischer Konsumenten zu einer weiteren Verarmung der ländlichen Bevölkerung führen, und das nur bei höheren Aufwendungen für neue Techniken; auf der anderen Seite kann eine Mißernte zu einer nun – bei höherem Finanzeinsatz für intensivere Landbewirtschaftung – schwerwiegenden Verschuldung der bäuerlichen Familie führen. – Aus solchen Situationen ist für die ländliche Entwicklung nur die Folgerung zu ziehen: Kleinbauern und ländliche Bevölkerung suchen nicht die Maximierung ihrer *Einkommen*, sie verfolgen vielmehr das Ziel einer größtmöglichen *Sicherheit* bei den Anstrengungen, ihre Lebensverhältnisse zu verbessern. – Bei den rein technischen-ökonomischen Orientierungen mancher Entwicklungsprojekte ist dieser Sachverhalt oft übersehen worden. Die Rom-Konferenz zeigte mit aller Deutlichkeit, daß psychologische und soziologische Aspekte – vor dem Hintergrunde kultureller Wertvorstellungen – eingebracht werden müssen, um wirtschaftliche Zielvorstellungen zu realisieren; und ohne ökonomisches Wachstum, mit dem Leitsektor Landwirtschaft, lassen sich die Probleme des Massenelends auf dem Lande nicht lösen.

Bei aller Förderung der Landwirtschaft und selbst bei bescheidener Orientierung an den Grundbedürfnissen der Bevölkerung kann mit diesem Maßnahmenkatalog nicht die ungeheure Arbeitslosigkeit in ländlichen Gebieten beseitigt oder erheblich gemildert werden. Die Rom-Konferenz hat dies klar erkannt; ländliche Entwicklung bedeutet agrarische *und* industrielle Förderung, verbunden durch Maßnahmen im Ausbau der Infrastruktur. Wie aber können zusätzlich Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft in diesen ländlichen Regionen geschaffen werden? Dazu bedarf es ökonomischer Anstöße „von außen und von innen“. Der schon genannte „Zweite Weltentwicklungsbericht“ zeigt, daß – trotz aller ökologischen und ökonomischen Unkenrufe gegenteiliger Art – das kräftige

Wirtschaftswachstum der Industrieländer die beste und höchst wirksamste Voraussetzung dafür ist, daß die Entwicklungsländer Arbeitsplätze für das Heer der Beschäftigungslosen schaffen können. Hier die Zahlen der Weltbank: „Wenn es gelingt, in den Industrieländern die durchschnittliche Wachstumsrate während der achtziger Jahre auf 4,9% zu steigern, könnten die Entwicklungsländer bei einer Ausweitung des Welthandels um 7% pro Jahr eine Steigerung des Exportvolumens um 13% pro Jahr und durch diese eine jährliche Wachstumsrate von 6,6% erreichen.“ Die Weltbank – Mitte August 1979 – weiter: Bei diesem günstigen Wirtschaftsklima könnte sich dann bis zur Jahrtausendwende die Zahl der absolut Armen auf 300–350 Mill. verringern. – Das bedeutet für unsere Problemstellung:

1. Jedes Prozent weniger Wirtschaftswachstum oder Protektionismus bei uns gegenüber Warenausfuhren aus der Dritten Welt erhöhen die Massenarbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern;
2. Bis zum Jahr 2000 nimmt die Zahl der Arbeitsfähigen um 550 Mill. zu; nicht der *bestehenden* Arbeitslosigkeit, sondern der *wachsenden* ist entgegenzuwirken.

Aber selbst wenn dieses relativ günstige Wirtschaftsklima eintritt, ist nicht gesichert, daß das Wirtschaftswachstum mit seinen positiven Beschäftigungseffekten auch in die ländlichen Gebiete hineinwirkt. Auf diese regionale „Drehscheiben-Funktion“ hatte die Rom-Konferenz keine konkrete Antwort. Der altbekannte Katalog der Maßnahmen wurde wiederum aufgeblättert: Arbeitsintensive Techniken, um mehr Beschäftigte innerhalb und außerhalb der Landwirtschaft zu absorbieren; staatlich finanzierte Beschäftigungsprogramme, wobei die absolut Armen bevorzugt eingestellt werden sollen; Anreize für ländliche Industrien und Ausbau der Infrastruktur, einschließlich von Bildung und Ausbildung. – Es bleibt jedoch der Eindruck: Bei der gewaltigen Massenarmut auf dem Lande und den bisherigen unbefriedigenden Versuchen einer Industrialisierung wird es großer Anstrengungen bedürfen, um zu konkreten, erfolgversprechenden Ansätzen zu kommen. Die Industrialisierung ländlicher Gebiete erfordert Zeit; die Förderung der Landwirtschaft, die Arbeitskräfte aufnimmt, erhält dadurch größere Bedeutung; sie wird gewissermaßen „Wartesaal“ einer wachsenden ländlichen Bevölkerung, die wenigstens ihre wichtigsten Grundbedürfnisse für eine begrenzte Zeit decken kann, in der Hoffnung auf das „Morgen“ einer Industrialisierung.

Wir wissen aus langjähriger Projekterfahrung, daß alle Anstrengungen der Bevölkerung ohne Verhandlungsmacht in einer Gesellschaft, insbesondere der städtischen und ländlichen Armen, nicht – auf sich gestellt – ausreichen, um ihre Lage entscheidend zu verbessern. Alles das, was sie mit ihrer Hände Fleiß aufbauen, kann durch die ausbeuterische Macht der Herrschenden in einer Gesellschaft ihnen abgenommen, kann durch eine falsche Wirtschaftspolitik des Staates zerstört und kann durch ungünstige Preisentwicklung auf den Weltmärkten annulliert

liert werden. – So betrachtet, brauchen Projekte zugunsten der Ärmsten der Armen, wie sie auch von kirchlichen Hilfswerken in allen Entwicklungskontinenten gefördert werden, nicht nur deren *Unterstützung* „von unten“, sondern auch die *Förderung* „von oben“. Die Rom-Konferenz hat diese Interdependenz zwischen „Entwicklung von unten“ und „Entscheidung von oben“ ausdrücklich anerkannt. Sie bezog dabei jedoch ausdrücklich auch die internationale Handels- und Entwicklungspolitik ein; so etwa den Abschluß internationaler Warenabkommen, höhere Leistungen an öffentlicher Entwicklungshilfe. – Und auch die Entwicklungsländer in ihrer Kooperation „unter sich“ wurden angesprochen: Koordinierung der Maßnahmen bei Projekten beiderseits der nationalstaatlichen Grenzen, der Austausch von Erfahrungen, die Abstimmung in Forschungsvorhaben u. a. m. wurden genannt.

Am Vorabend der Dritten Entwicklungsdekade

Angesichts des großen Interesses, das sog. NGOs (Non Governmental Organizations) in Industrie- und Entwicklungsländern an der Durchführung integrierter ländlicher Entwicklungsprojekte haben, ist ihre Mitwirkung auf solchen internationalen Konferenzen legitim. Sie war auf der Rom-Konferenz „Agrarreform und ländliche Entwicklung“ in verschiedener Hinsicht zu erkennen. In den Regierungsdelegationen waren zwei – auf Wunsch des Veranstalters – Vertreter der Nicht-Regierungsorganisationen aufgenommen worden; ein Vertreter des Deutschen Bauernverbandes und der Welthungerhilfe, aber kirchliche Werke der Entwicklungshilfe fehlten.

Die Nicht-Regierungsorganisationen waren bereits bei der Vorbereitung der Konferenz beteiligt worden und hatten entsprechende Vorschläge ihrer inhaltlichen Gestaltung vorlegen können. Auf der Konferenz selbst präsentierten sie Abänderungstexte für die zu verabschiedenden Resolutionen, und sie beanspruchten am Ende der Konferenz das Wort. Dabei meldeten sie, die mit der ländlichen Bevölkerung eng zusammenarbeiten, ihren Anspruch an, bei den konkreten Programmen beteiligt zu werden. Mit Vehemenz verwiesen sie darauf, daß die bisherige ländliche Entwicklung falsch konzipiert war; die *scheinbar* Begünstigten, die ländlichen Armen, waren meist immer die Leidtragenden solcher Programme. Als Appell in der Dringlichkeit von Aktionen und in der Notwendigkeit der Integration der ländlichen Bevölkerung forderten sie, das Dritte Entwicklungsjahrzehnt (1980–90) als „Dekade der Beteiligung der Bevölkerung“ zu bezeichnen.

Eine kritische Begleitung fand die Konferenz schließlich durch die Konferenz-Zeitung „PAN“, die – von dem englischen Hilfswerk Oxfam finanziert – intensive Analysen der Politik einzelner Entwicklungsländer vorlegte und bohrende Fragen an anwesende Politiker richtete. Auch so können NGOs zum Meinungsbildungsprozeß auf internationalen Konferenzen beitragen.

Schließlich ist noch die „NGO-Opposition“ zu nennen,

die gleich um die Ecke des FAO-Verwaltungsgebäudes in Parallel-Veranstaltungen alle entwicklungspolitischen Bemühungen der Konferenz ad absurdum führen wollte. In der „Erklärung von Rom über Agrarkonflikte: „Falsche Annahmen – falsche Versprechungen“ wurde versucht, den Nachweis zu führen, daß „viele auf der Konferenz repräsentierten Regierungen in direktem Konflikt zu den ländlichen Massen ihrer Länder stehen.“

Wie immer die Tätigkeit der Nicht-Regierungsorganisationen auch beurteilt werden: Daß die Probleme der ländlichen Massenarmut in Entwicklungsländern und ihre Machtlosigkeit in dem jeweiligen politischen System so eindeutig angesprochen und dargestellt wurden, geht auf das Plus-Konto der NGOs, der direkt oder indirekt vertretenen Nicht-Regierungsorganisationen.

Am „Vor-Abend“ der 3. Entwicklungsdekade (1980/90) jagt eine internationale Konferenz die andere; im Endergebnis: Große Konferenzen, viele Teilnehmer, beeindruckende Reden, umfangreiche Resolutionen – und magerere Ergebnisse im Vergleich zu der ungeheuren Herausforderung der Massenarmut in der Welt. Für manche Beobachter ist es ein Widerspruch in sich: Die Massenarmut mit bitterster Not eines Großteils der Menschheit löst einen Massentourismus der bevorrechtigten Delegierten zu den Wohlstandszentren aus.

Diese Sachverhalte und diese Diskrepanz sollten jedoch nicht den Blick dafür verstellen, daß internationale Konferenzen notwendig sind, weil 1. *technisch-ökonomische* Maßnahmen zu *politischen* Programmen werden; 2. ohne einen politischen Willensbildungsprozeß „von oben“ keine erfolgreichen Projekte „von unten“ möglich sind; 3. in künftigen Verhandlungen unsere Regierung und unsere Hilfswerke auf diese von den Politikern der Entwicklungsländer akzeptierten Empfehlungen zurückgreifen können, wenn es um die konkrete Ausgestaltung von Projekten geht. – Nicht nur die Quantität der Entwicklungspolitik steht hier zur Diskussion, sondern auch ihre Qualität.

So kann in Zukunft – unter Hinweis auf die Rom-Konferenz – gefragt werden: Welche Ergebnisse zeigen die dort beschlossenen Situationsanalysen der ländlichen Armut in den einzelnen Entwicklungsländern? Wird die ländliche Entwicklung mit Vorrang in der öffentlichen Finanzierung berücksichtigt? Wie erfolgreich waren die Maßnahmen, die ungleiche Einkommensverteilung zu Lasten der ländlichen Bevölkerung zu verringern? Und schließlich, welche Möglichkeiten haben die ländlichen Armen, sich selbst zu organisieren und ihre Rechte wahrzunehmen? Und werden sie von ihrer Regierung bei der Durchsetzung ihrer berechtigten Ansprüche unterstützt? Das sind härtere Fragen, als sie bisher möglich waren! Jedoch sollten wir nicht übersehen, daß die Konferenz über „Agrarreform und ländliche Entwicklung“ auch für unsere Politiker einige „neuralgische“ Fragen bereithält. So etwa: Sind wir bereit, das Volumen unserer öffentlichen Entwicklungshilfe kräftig im Sinne der Bekämpfung der Armut in der Welt zu steigern? Können wir den Vorstellungen nachkommen, für die am wenigsten entwickelten Länder

in den nächsten beiden Jahren unsere Finanzhilfen zu verdoppeln? Ist die Regierung bereit, den integrierten ländlichen Entwicklungsprogrammen in ihrer Projektpolitik Vorrang einzuräumen und die damit möglicherweise verbundenen politischen Implikationen mit den Entwicklungsländern durchzustehen? Ist unsere eigene Verwaltung in der Lage, solche komplexen Programme, wie sie in Rom konzipiert wurden, nachhaltig und zügig zu fördern?

Neue Aufgaben der Hilfswerke

Auch kirchliche Hilfswerke sollten kritisch reflektieren, was nach der Rom-Konferenz an neuen Aufgaben auf sie zukommt. Die Feststellung, daß die dort verabschiedeten Empfehlungen mit gebührendem Zeitabstand das bestätigen, was Partner von kirchlichen Hilfswerken – unter oft sehr schwierigen Voraussetzungen – seit fast 20 Jahren praktisch in Projekten der ländlichen Entwicklung anstreben und zum Teil realisieren, kann sicherlich Freude und Genugtuung auslösen. Aber dieses neue Datum politischer Dimension von Rom ist zugleich eine große Herausforderung für die künftige Arbeit kirchlicher Hilfswerke: Sie haben sich aktiv zu beteiligen, damit die möglicherweise politischen Lippenbekenntnisse, das Massenelend auf dem Lande zu mildern, umgesetzt werden in konkretes Handeln. Dazu bieten sich u. a. als Ansatzpunkte an:

1. Die Rom-Empfehlungen sollten positiv bewertet und im Sinne eigener Projektkonzeptionen der ländlichen Entwicklung kritisch untersucht werden; damit kann der teilweise aufgetretenen negativen Einstellung, daß „alles schon da war“, entgegengewirkt werden. Das *politische* Programm von Rom ist neu.
2. Es ist notwendig, möglichst bald die Partner in den Entwicklungskontinenten auf diese neue Sprachregelung, der starken Beteiligung der Bevölkerung, zu informieren. Für die Menschen in der Dritten Welt können sich neue Bewegungsräume ergeben, ihre Interessen zum Ausdruck

zu bringen, sich selbst an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen und ihre eigenen Institutionen aufzubauen.

3. Unsere eigene Gesellschaft ist in verstärktem Maße über das ländliche Massenelend in den Entwicklungsländern aufzuklären; wir wissen in der Tat nicht oder unzureichend, was bis zum Jahr 2000 weltweit auf uns zukommt.

4. Die entwicklungspolitisch verantwortlichen Instanzen (Regierung, politische Parteien, Parlament) sollten dahingehend beeinflusst werden, die Grundsätze der Rom-Empfehlungen in die praktische Projektpolitik umzusetzen.

5. Es könnte – für Gesellschaft und Politik in der Bundesrepublik – sehr hilfreich sein, über Grenzen und Möglichkeiten sowie Schwierigkeiten unterrichtet zu werden, die bei solchen Programmen ländlicher Entwicklungshilfe entstehen können.

Gerade der letzte Punkt bedeutet, daß ein konkreter Beitrag zum sog. „Monitoring System“ geleistet wird. Das Wort ist schwer zu übersetzen; für die einen ist es „Information“, für die anderen „Kontrolle“. Gemeint ist, daß über die Ergebnisse der Politik und der Programme ländlicher Entwicklung von den einzelnen Staaten berichtet wird und daß sie damit auch über die Qualität ihrer Entwicklungspolitik Auskunft zu geben haben. Wenn die bisherige Orientierung der Förderung ländlicher Gebiete und der dort wohnenden Bevölkerung falsch war, dann reicht es nicht aus, mehr Geld zu investieren. Es kommt auf wirksame Verfahren an; und diese sind – wie gezeigt wurde – auf die *grundlegende Veränderung der Machtverhältnisse* angewiesen. Hier liegt der zentrale Ansatzpunkt; er wurde in der internationalen Entwicklungspolitik zu lange übersehen oder politisch bewußt – aus Rücksicht auf die Politik des jeweiligen Landes – ausgeklammert. Rücksicht sollte jedoch nur und ausschließlich auf die Menschen genommen werden, die sich – unter den Verhältnissen ländlichen Massenelends – nicht helfen können.

Theodor Dams

Interview

Ökumene in Deutschland. Realitäten, Hoffnungen, Widerstände

Ein Gespräch mit dem Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Klaus von Bismarck

Die ökumenische Zusammenarbeit zwischen evangelischer und katholischer Kirche in der Bundesrepublik ist in den letzten Jahren unbestreitbar intensiver und engma-

schiger geworden. Dennoch mehren sich die Anzeichen einer gewissen ökumenischen Stagnation und Orientierungsschwierigkeit. Wie sich diese Situation aus dem